



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Revision des Unfallversicherungsgesetzes:

Schamlose Bereicherung der Versicherungen stoppen - Suva verteidigen

Von Andreas Rieger, Co-Präsident der Gewerkschaft Unia

In der kommenden Herbstsession wird das Parlament die Revision des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) beraten. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission schlägt dem Parlament einen ungeheuerlichen und unerhörten Abbau beim UVG vor: Eine ausgezeichnet funktionierende öffentliche Versicherung - die Suva - soll geschwächt und zurückgedrängt werden, nur um den privaten Versicherungsgesellschaften höhere Profite zu ermöglichen. Und bezahlen sollen das am Schluss Arbeitnehmende und Arbeitgeber mit höheren Prämien und schlechteren Leistungen.

Höhere Prämien, schlechtere Leistungen, teure Zusatzversicherungen

Die Revision würde dazu führen, dass die Prämien für Arbeitnehmende und Arbeitgeber um zwei Prozent angehoben würden. Die geplante Erhöhung des Mindestinvaliditätsgrades von 10 auf 20 Prozent ist eine empfindliche Leistungsverschlechterung. Ein Bauarbeiter, der 6000 Franken pro Monat verdient, verliert so bis zu 14'000 Franken pro Jahr. Und diese falsche Kürzung wird zu unnötigen Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmende und Arbeitgebern führen, welche auch die Sozialpartnerschaft belasten werden. Mit der vorgeschlagenen Revision würden sogar die UVG-Invalidenrenten im AHV-Alter angegriffen. Ein Bauarbeiter, der aufgrund eines Unfalls invalide wurde, würden also gleich nochmals bestraft: Seine Rente würde im AHV-Alter empfindlich gekürzt. Wer das bisherige Leistungsniveau auch nur teilweise halten will, der muss teure Zusatzversicherungen bezahlen. Einmal mehr sollen die Arbeitnehmenden mehr bezahlen, um weniger zu erhalten. Das können wir nicht akzeptieren.

Sozialpartnerschaftliches Erfolgsmodell Suva ist den Versicherern ein Dorn im Auge

Die Suva arbeitet heute zu unschlagbar tiefen Kosten und bietet ausgezeichnete Leistungen. Es gibt keinen Grund, diese sozialpartnerschaftlich geführte und ohne Bundeshilfe finanzierte Sozialversicherung zu verschlechtern. Die Absicht der Versicherungslobbyisten im Schweizer Parlament ist klar: Sie wollen den Profitinteressen der Versicherungen ein neues Geschäftsfeld erschliessen. Die Suva ist den privaten Versicherungen ein Dorn im Auge: Sie beweist, dass ein Teilmonopol wirtschaftlich ist und ausgezeichnete Leistungen zu einem tiefen Preis bietet - sie ist viel besser, als die privaten Versicherungen. Und das darf nach der Logik der Versicherungskonzerne nicht sein. Darum wollen sie der Suva Steine in den Weg legen.

Erfolgreiche Präventionsarbeit in Gefahr

Die angestrebte UVG-Revision schwächt die Suva finanziell und hätte zwangsläufig auch Auswirkungen auf die erfolgreiche Präventionsarbeit. Gefährdet wären zum Beispiel Aktivitäten wie:

- Die Suva fördert die konkrete Umsetzung der Arbeitssicherheit in den Betrieben, was von zahlreichen Arbeitgebern und Arbeitnehmenden systematisch umgesetzt wird. Mehrere Preise, welche die Suva erhalten hat, zeugen von der Qualität dieses Angebots. Keine private Versicherung setzt sich in einem auch nur annähernd ähnlichen Ausmass für Prävention ein.
- Die Suva leistet einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung von Arbeitssicherheitskonzepten (Branchenlösungen) der Sozialpartner in zahlreichen Branchen.

- Jedes Jahr ist die Suva für Tausende von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden die Anlaufstelle für Fragen und Anliegen zur Prävention von Berufsunfällen und Berufskrankheiten.
- Durch regelmässige gezielte Kampagnen ist die Suva ein wichtiger Akteur bei der spürbaren Reduktion schwerer und damit auch kostspieliger Berufsunfälle.

Wirklich niemand kann ein Interesse haben, die erfolgreiche Arbeit der Suva zu erschweren. Mit der Revision des UVG würde genau das geschehen, die Suva würde geschwächt.

Chancenlose Revision

Die Gewerkschaft Unia und alle anderen Gewerkschaften, der Baumeisterverband, der Gewerbeverband und weitere Branchenverbände der Arbeitgeber sind sich für einmal völlig einig: Diese Revision ist unsinnig, unnötig und ein Affront. Wir werden falls nötig gemeinsam das Referendum ergreifen. Das ist eine Allianz mit Seltenheitswert und zeigt, wie falsch die Versicherungskonzerne mit ihrem Vorhaben liegen. Die Privatversicherer haben mit ihrer grenzenlosen Arroganz sogar dazu beigetragen, diese Allianz noch zusammenzuschweissen. Die Versicherungslobby hat alles daran gesetzt, in der vorberatenden Kommission eine Mehrheit für ihr eigennütziges Vorhaben zu erlangen. Es ist auch möglich, dass die Versicherungen noch eine Mehrheit im Parlament heranorganisieren können. Aber dann ist Schluss. Spätestens in einer Volksabstimmung wird das Vorhaben der privaten Versicherungskonzerne Schiffbruch erleiden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind nicht blöd: Sie stimmten doch keinem Gesetz zu, dass die Arbeitnehmenden mehr kostet für weniger Leistungen - und das, damit die privaten Versicherungen mehr Profite machen können. Das wird nicht funktionieren, dafür werden wir sorgen.

Für Rückfragen:

Andreas Rieger, Co-Präsident der Gewerkschaft Unia, Tel. 079 468 66 22